

In Lindau wird in Turnhalle geimpft

Region (hog) In Lindau und Lindenberg sollen in den Impfzentren und mithilfe mobiler Einsatzteams täglich jeweils bis zu 500 Menschen an sieben Tagen die Woche geimpft werden können. Lindaus Landrat Elmar Stegmann erklärte anlässlich der offiziellen Vorstellung des Lindauer Corona-Impfzentrums: „Wir sind mit unseren beiden Impfzentren in der Turnhalle der Fachoberschule Lindau und in Lindenberg ab Mitte Dezember startklar.“

Stegmann glaubt allerdings nicht, dass es in Lindau mit den Impfungen bereits Mitte Dezember losgehen kann, denn: „Wir wissen derzeit weder wann, noch welchen Impfstoff wir bekommen, das hängt immer noch von der Zulassung und der Auslieferung ab“, so der Landrat. Fest stehe aber schon jetzt, dass im Impfzentrum in Lindau und im mobilen Impfservice täglich bis zu 500 Menschen geimpft werden können.

Wo genau das zweite Impfzentrum in Lindenberg entstehen soll, das will Lindaus Landrat noch nicht verraten, denn schon jetzt gibt es Bedenken: „Wir wissen, dass die Impfzentren bewacht werden müssen und mögliche Ziele von Anschlägen und Sabotage sein können. Deswegen sagen wir auch nicht, wo der Impfstoff dann gelagert wird“, erklärt Stegmann. Er rechnet damit, dass Ende Dezember die ersten Impfungen möglich sein werden, wobei die Reihenfolge, wer zuerst geimpft wird, noch nicht genau vorliege. Sicher sei aber, dass es ein Team bestehend aus Ärzten und medizinischem Fachpersonal geben wird, das die Impfungen in den Impfzentren und in den Alten- und Pflegeeinrichtungen vor Ort vornehmen wird.

Wer sich impfen lassen möchte, muss sich dafür telefonisch oder online anmelden und dann im Impfzentrum an einem je nach Beratungsbedarf individuellen oder einem Gruppensprechergespräch teilnehmen. „Wer beispielsweise Vorerkrankungen hat, der will sicher lieber zu einem persönlichen Gespräch, das wird möglich sein, dafür haben wir Ärzte hier“, erklärt Thomas Kaleja vom Technischen Hilfswerk, der dem Leitungs- und Koordinierungsstab angehört. „Wir gehen derzeit davon aus, dass jeder zweimal im Abstand von wenigen Wochen geimpft werden muss und nach der Erstimpfung gleich einen Folgetermin vereinbaren kann. Ich denke auch, dass im Laufe der Zeit die Hausarztpraxen ebenfalls Impfungen durchführen können, das wird aber vom Impfstoff abhängen, da einer bei Minus 80 Grad gelagert werden muss“, so Stegmann weiter.

Um genug Ärzte und Fachpersonal zu haben, können sich Ärzte und medizinisches Fachpersonal bei der Kassenärztlichen Vereinigung melden. „Bei uns sieht es ganz gut aus, es haben sich auch einige Ärzte, die in Rente sind, gemeldet“, freut sich Elmar Stegmann. Weniger erfreut ist man dagegen im baden-württembergischen Wangen, dort ist das nächste Impfzentrum in Ravensburg geplant, und die Wangener dürfen nicht ins nahegelegene Lindau kommen, um sich impfen zu lassen.

Reporterpreis für Hannes Munzinger

Ravensburg (wr) Der Ravensburger Hannes Munzinger (31) hat zum zweiten Mal den Deutschen Reporterpreis erhalten. Der Preis wird alljährlich von einem Journalisten-Netzwerk für herausragende Reportagen verliehen. Die Auszeichnung erhielt Munzinger mit einem Team der „Süddeutschen Zeitung“ für die Recherchen zu digitalen Netzwerken der selbsternannten Corona-Rebellen. 2016 war Munzinger mit dem Deutschen Lokaljournalistenpreis für eine Rekonstruktion des Terroranschlags am Münchner Einkaufszentrum ausgezeichnet worden. Der Journalist ist ein Urenkel des Gründers des Munzinger-Archivs, das seit 1913 Informationen über Personen bietet und von Medien und Bibliotheken genutzt wird.

Harte Zeiten für die Autozulieferer

Bawü-Check: Im zweiten Teil einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Tageszeitungen im Land mit SÜDKURIER-Beteiligung, geht es um die Verkehrspolitik. ZF, Weber oder Conti leiden unter dem Strukturwandel und der Corona-Pandemie: Sollte die Landespolitik sie noch besser unterstützen?

VON KERSTIN MOMMSEN UND HELMAR GRUPP

Bodenseekreis – Wie sehr unterstützt die Landesregierung die Autoindustrie in Baden-Württemberg? Wie denken die Menschen darüber? Und wie die Unternehmen? Für den zweiten Bawü-Check in Sachen Verkehr beauftragten die Tageszeitungen im Land eine Allensbach-Umfrage, in der es um die Beurteilung der Verkehrspolitik der grün-schwarzen Landesregierung geht. Eine der Fragen widmete sich auch der Unterstützung des Landes für die Autoindustrie. Die Antworten der Menschen waren ohne klare Meinung. 27,3 Prozent waren der Ansicht, das Land unterstütze die Unternehmen ausreichend, 22,3 Prozent forderten eine stärkere Unterstützung und 27,6 Prozent fanden, dass die Autoindustrie bereits zu viel unterstützt wird. 22,8 Prozent waren bei dieser Frage unentschieden.

Wandel ein „extremer Kraftakt“

Das Land startete schon 2017 den so genannten „Strategiedialog Automobilwirtschaft“, um Baden-Württemberg zum Vorreiter einer klima- und umweltschonenden Mobilität zu machen sowie ein weltweit führender Automobil- und Mobilitätsstandort zu sein. „Die Automobilwirtschaft ist die Halschlagader des Landes und ihre gegenwärtige Lage ist sehr angespannt. Die Herausforderungen sind groß. Der Antriebsstrang wird elektrifiziert und die Digitalisierung wird das zukünftige Automobil und seine Herstellung prägen. Für unsere Unternehmen ist dieser Wandel ein immenser Kraftakt. Die Corona-Pandemie hat die Belastungen vervielfacht. Wir tun alles, was in unserer Macht steht, um die Krise abzufedern“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei einer Pressekonferenz im September in Stuttgart.

Ein Profiteur dieser Politik ist die ZF Friedrichshafen. Erst vor drei Wochen startete ein besonderes Mobilitätsprojekt, für das das Land sieben Millionen Euro Förderung locker machte. Drei autonom fahrende Shuttlebusse sollen bis Ende 2023 in Friedrichshafen unter realen Bedingungen getestet werden – schon im Sommer 2022 werden sie nach Angaben des Unternehmens ZF auf den Straßen zu sehen sein. Auch Mannheim ist Teil des Projekts „Reallabor für den automatisierten Busbetrieb im ÖPNV in der Stadt und auf dem Land“ (Rabus), das wiederum aus dem Strategiedialog entstanden war.

Für die ZF eine erfreuliche Entwicklung. „ZF ist seit Beginn auf verschiedenen Ebenen aktiv in den Strategiedialog Automobilwirtschaft des Landes Baden-Württemberg eingebunden. Das Rabus-Projekt ist das erste, an dem ZF als industrieller Partner mitwirkt“, schreibt ein Unternehmenssprecher auf Anfrage dieser Zeitung. Der Strategiedialog sei eine hilfreiche Initiative, die uns und der Automobilindustrie im Land dabei hilft, gemeinsam die Transformation zu bewältigen. „Es werden Lösungen gesucht, wie die Klimaziele erreicht und zugleich die Mobilität und die Arbeitsplätze erhalten werden können“, so der ZF-Sprecher. Insgesamt sei „die Vorgehensweise im Land sehr pragmatisch und konkret, ein Vorgehen, das ZF gern in Zukunft fortsetzt und unterstützt“, so der Sprecher weiter.

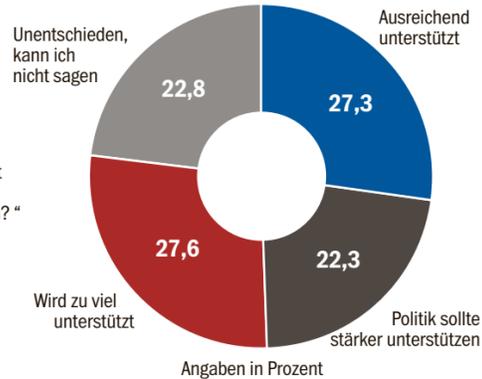


Oben links: Verkehrsminister Winfried Hermann (links) und Hans-Christian Reuss (Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart) bei der Übergabe eines Förderbescheids über sieben Millionen Euro. Oben rechts: ein Blick in die Montage bei ZF. Unten: die Firmensitze von Conti Temic in Markdorf (links) und Weber Automotive, ebenfalls Markdorf (rechts).
BILDER: ULI REGENSCHEID, ZF, JÖRG BÜSCHE UND HENRY M. LINDER



Unterstützung für die Autoindustrie

Frage: „Baden-Württemberg ist ja ein wichtiger Standort für die Autoindustrie: Glauben sie, dass die Autoindustrie von der Politik ausreichend unterstützt wird, oder sollte die Politik die Autoindustrie stärker unterstützen?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

QUELLE: ALLENSBACHER ARCHIV, IFD-UMFRAGE 6161/11 / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK



„Die Automobilwirtschaft ist die Halschlagader des Landes und ihre gegenwärtige Lage ist sehr angespannt. Wir tun alles, was in unserer Macht steht, um die Krise abzufedern.“

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident



„Es ist eindeutig, dass die Corona-Krise wie ein Brandbeschleuniger für den Strukturwandel der Firmen wirkt. Der ökologische Umbau der Automotive-Branche muss vorangetrieben werden.“

Frederic Striegler, IG Metall

Auch in Markdorf kämpfen viele Betriebe um ihr Überleben – und um Hilfe von außen. Nach einem mehr als einjährigen Insolvenzverfahren ist vor einigen Monaten etwa die frühere Weber Automotive GmbH als Albert Weber GmbH neu gestartet. Deren Gang in die Insolvenz fand zwar noch vor Corona statt und war eigenverschuldet. Doch die Corona-Krise sorgte dafür, dass sich der Insolvenzprozess zäh in die Länge zog: Interessenten sprangen wieder ab, die wirtschaftliche Krise verschärfte sich, potenzielle Investoren zogen sich wieder zurück. Die Corona-Hilfe der Politik für bedrohte Unternehmen bekommt Weber aber nicht, da das Vorgängerunternehmen, das derzeit abgewickelt wird, zuletzt in den roten Zahlen war.

Machtlos gegen Weltkonzern-Pläne

Ähnlich verhält es sich mit dem Continental-Standort Conti Temic in Markdorf. Dort sind Informationen der IG Metall zufolge aktuell im Zuge des konzernweiten Sparprogramms rund 50 der 300 Stellen in Gefahr. Vor Ort in Markdorf kämpft der Standortbetriebsrat, doch von der Konzernspitze gibt es noch keine Aussagen zu konkreten Plänen. Auch hier ist die IG Metall inzwischen mit im Boot. Und auch hier scheint die Politik machtlos gegenüber den Plänen eines Weltkonzerns.

Bei der Gewerkschaft IG Metall in Friedrichshafen hat man eine klare Antwort auf die Frage, ob die Autozulieferer in der Region von der Politik hinreichend unterstützt werden. Zunächst gelte es die aktuelle Situation zu analysieren, sagt Frederic Striegler, Zweiter Bevollmächtigter bei der IG Metall Friedrichshafen-Oberschwaben. Und die sei prekär. „Es ist eindeutig, dass die Corona-Krise wie ein Brandbeschleuniger für den Strukturwandel und die nötige Transformation der Firmen wirkt“, sagt Striegler.

Durch die Auswirkungen der Pandemie komme nun alles viel heftiger und auf einen Schlag. Umso mehr sei nun die Politik gefordert. Die müsse die Beschäftigten mitnehmen, etwa mit einer ausgeweiteten Förderung von Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen. Der ökologische Umbau der Automotive-Branche, also die Hinwendung zur emissionsfreien Mobilität, müsse vorangetrieben werden: Diese Aussage, sagt Striegler, hörten er und seine Kollegen häufig in den Belegschaften der Unternehmen. „Aber dafür brauchen wir auch die Unterstützung der Politik“, werde dann regelmäßig von den Beschäftigten hinterhergeschoben.

Belegschaften aber auch die Verantwortlichen in den Unternehmen würden sich häufig gleichermaßen im Stich gelassen sehen. So hätten vor allem die

Der BaWü-Check



Wie zufrieden sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Landesregierung? Das wollen die Tageszeitungen in Baden-Württemberg in ihrer gemeinsamen Umfrage, dem

BaWü-Check, genauer wissen und arbeiten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammen. Das IfD befragt einmal im Monat im Auftrag der Zeitungen mehr als 1000 Menschen, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Die Tageszeitungen im Land erreichen täglich mehr als fünf Millionen Menschen, hinzukommen die Leser auf den Online-Portalen der Tageszeitungen. Die zweite Umfrage widmet sich dem Verkehr.

Der Check im Online-Dossier: www.suedkurier.de/check

Eltern in den Belegschaften unter der Corona-Krise gelitten, wegen fehlender Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder während des Lockdowns. Kurzarbeit, die wirtschaftlichen Einbrüche ihrer Arbeitgeber – zu diesen Sorgen sei die Sorge um die Betreuung hinzugekommen. Die Unternehmen wiederum haben in der Krise keine Mittel, um ihre internen Betreuungsangebote auszubauen. Sie brauchen das Geld an anderen Stellen, in erster Linie oft genug zur Sicherung ihres Geschäftsbetriebes. „In diesem Bereich haben sich viele Beschäftigte von der Politik im Stich gelassen gefühlt“, sagt Striegler.

IG Metall kritisiert Arbeitgeber

Staatliche Hilfen soll es aber nur bei Gegenleistungen geben, verdeutlicht der IG-Metall-Funktionär den Standpunkt der Gewerkschaft. Wer Hilfe, etwa aus einem Unterstützungsfonds, in Anspruch nehme, an den müsse die Politik auch Bedingungen stellen. Etwa die Verpflichtung, sich an Tarifverträge zu binden oder für gute und mitarbeiterfreundliche Arbeitsbedingungen zu sorgen. „Dies ist ganz klar die Forderung der IG Metall.“ Gerade in dieser Hinsicht läge es aber bei vielen mittelständischen Betrieben in der Region zwischen Friedrichshafen, Markdorf und Überlingen noch im Argen, sagt Striegler.